

NIEDERSCHRIFT

über die **29.** Sitzung **des Kreisausschusses** (XVII. Wahlperiode)

öffentlicher Teil

Tag der Sitzung: **08.11.2023**
Ort der Sitzung: NE, Zentrum, Kreishaus Neuss
Besprechungsraum 2 (2. Etage)
www.rkn.nrw/TR818
Oberstraße 91, 41460 Neuss
Beginn der Sitzung: 15:00 Uhr
Ende der Sitzung: 15:48 Uhr
Den Vorsitz führte: Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

Sitzungsteilnehmer:

• Vorsitzender

1. Herr Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

• CDU-Fraktion

2. Frau Barbara Brand
3. Herr Sven Ladeck
4. Herr Bertram Graf von Nesselrode
5. Frau Katharina Reinhold
6. Herr Wolfgang Wappenschmidt
7. Herr Thomas Welter

• SPD-Fraktion

8. Frau Christina Borggräfe
 9. Frau Doris Hugo-Wissemann
 10. Herr Reinhard Rehse
 11. Herr Christian Stupp
- Vertretung für Herrn Bartsch
Vertretung für Herrn Schmitz
Vertretung für Herrn Thiel

• Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

12. Frau Swenja Krüppel
 13. Herr Hans Christian Markert
- Vertretung für Frau Schenke

14. Herr Dirk Schimanski

• **FDP-Fraktion**

15. Herr Dirk Rosellen

• **Fraktion UWG-Freie Wählergemeinschaft Rhein-Kreis Neuss/
Deutsche Zentrumspartei**

16. Herr Carsten Thiel

• **AfD-Fraktion**

17. Herr Dirk Helmut Kranefuss

• **Verwaltung**

- 18. Herr Kreisdirektor Dirk Brügge
- 19. Herr Elmar Hennecke
- 20. Herr Benjamin Josephs
- 21. Herr Dezernent Gregor Küpper
- 22. Herr Dezernent Tillmann Lonnes
- 23. Herr Marcus Temburg
- 24. Herr Dezernent Harald Vieten

• **Schriftführerin**

- 25. Frau Anna Hohn
- 26. Frau Janine Schröder

INHALTSVERZEICHNIS

| Punkt | Inhalt | Seite |
|-------|--|-------|
| 1. | Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit..... | 4 |
| 2. | Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse..... | 4 |
| 2.1. | Ausschusses für Strukturwandel und Arbeit am 10.08.2023 | 4 |
| 2.2. | Mobilitätsausschuss am 22.08.2023 | 5 |
| 2.3. | Partnerschaftskomitee Europäische Nachbarn am 30.08.2023 | 5 |
| 2.4. | Finanzausschuss am 25.09.2023 | 6 |
| 2.5. | Ausschuss für Rettungswesen, Feuer- und Katastrophenschutz am 25.10.2023 | 7 |
| 3. | Kenntnisnahme von Niederschriften..... | 7 |
| 4. | Strukturwandel, Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft Stand: September/Oktober 2023 Vorlage: 61/3305/XVII/2023 | 8 |
| 5. | Regionalarbeit Stand: September/Oktober 2023 Vorlage: 61/3307/XVII/2023 | 8 |
| 6. | Wirtschafts - und Beschäftigungsförderung (Stand November) Vorlage: ZS5/3384/XVII/2023 | 8 |
| 6.1. | Tischvorlage: Wirtschafts - und Beschäftigungsförderung (Stand November) Vorlage: ZS5/3504/XVII/2023 | 8 |
| 7. | Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften Vorlage: 50/3360/XVII/2023 | 9 |
| 8. | Tischvorlage: Umsetzung des Haushaltsbegleitbeschlusses zum Haushalt 2022 Verwendung des voraussichtlichen Jahresüberschusses 2022 zur Senkung der Kreisumlage 2023 - Rate 15.11.2023 Vorlage: 20/3432/XVII/2023 | 10 |
| 9. | Anträge..... | 11 |
| 9.1. | Errichtung einer Arbeitsgruppe zum Bürokratieabbau | 11 |
| 10. | Mitteilungen | 11 |
| 11. | Anfragen | 12 |
| 11.1. | Energetische Sanierung der Mosaikschule | 12 |
| 12. | Bericht der Verwaltung/ Beschlusskontrolle Vorlage: 010/3464/XVII/2023 | 12 |
| 13. | Einwohnerfragestunde..... | 13 |

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und der Kreisausschuss beschlussfähig ist.

Den Abgeordneten wurden folgende Tischvorlagen zur Verfügung gestellt:

| | |
|---|--|
| zu Top 2 Ö „Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse“ | 2.5 Ausschuss für Rettungswesen, Feuer- und Katastrophenschutz am 25.10.2023 |
| Zu Top 4 Ö „Strukturwandel, Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft, Stand: September/Oktober 2023“ | -Anlage: Präsentation RWE Kommunalpolitischer Dialog Aktuelle Entwicklungen im Rheinischen Revier ☒ |
| Zu Top 6 Ö „Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung“ | -Vorlage der Verwaltung ☒ |
| Zu Top 8 Ö „Umsetzung des Haushaltsbegleitbeschlusses zum Haushalt 2022“ | -Vorlage der Verwaltung ☒ |
| Zu Top 5 NÖ „Auftragsvergaben“ | 5.1 Berufskolleg für Technik und Informatik, Gebäudeteil B, Sanierung der Sanitäranlagen, Heizungs-, Lüftungs- und Sanitärarbeiten |

Die mit ☒ versehenen Tischvorlagen sind dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

2. Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse

2.1. Ausschusses für Strukturwandel und Arbeit am 10.08.2023

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Dirk Kranefuss meinte, dass im Brief des Landrates an Bundeskanzler Scholz zu bezahlbaren Energiepreisen, die Erwähnung der Bürgerinnen und Bürger, die am meisten unter den hohen Strompreisen zu leiden hätten, zu kurz kommt. Auch fehle der Hinweis auf eine generelle Forderung nach bezahlbaren Energiepreisen, indem man die Braunkohle weiter nutze und auch weiterhin Atomstrom beziehe, bis Ersatz gefunden wurde.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke verwies auf die beschlossene Resolution im Kreistag am 27.09.2023, die auch die Forderungen der Vertreter der Betriebsräte berücksichtigt, auf der sein Brief beruht.

KA/20231108/Ö2.1

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Ausschusses für Strukturwandel und Arbeit vom 10.08.2023 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2.2. Mobilitätsausschuss am 22.08.2023

KA/20231108/Ö2.2

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Mobilitätsausschusses vom 22.08.2023 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2.3. Partnerschaftskomitee Europäische Nachbarn am 30.08.2023

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke teilte mit, dass die Verwaltung auf der Suche nach neuen Partnerkreisen sei, die vor ähnlichen Herausforderungen im Energiewandel stehen. Auch werde versucht die früheren Kontakte zur Kreisstadt Grandola in Portugal wieder aufleben zu lassen. Die Verwaltung werde zum aktuellen Stand weiter berichten.

KA/20231108/Ö2.3

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Partnerschaftskomitees Europäische Nachbarn vom 30.08.2023 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2.4. Finanzausschuss am 25.09.2023

Protokoll:

Unter Bezug auf die gestellten Anträge im Finanzausschuss erkundigte sich Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel nach dem aktuellen Stand zum Kantinenessen und ob es mittlerweile eine Rückmeldung der Sparkasse gebe, ob die Kreismitarbeitenden die Kantine mit nutzen dürfen.

Am 10.09.2023 habe die Sparkasse mitgeteilt, es stehe noch aus, ob der Betrieb der Kantine dauerhaft aufrechterhalten werden kann, antwortete Landrat Petrauschke. Allerdings gebe es nach Rücksprache mit dem Rechnungsprüfungsamt in Kürze wieder die Möglichkeit die Kantine des Rheinland Klinikums in Grevenbroich mit zu nutzen. Für die Mitarbeitenden am Standort Neuss werde weiter geprüft, ob die Sparkassenkantine mitgenutzt werden kann. Darüber hinaus habe die Verwaltung Alternativen, wie z.B. einen Foodtruck, geprüft. Es habe jedoch keinen Betreiber gegeben, der sich beworben hat. Die Verwaltung prüfe derzeit die Möglichkeit Essensbestellungen zu bestimmten Zeiten an eingerichteten Servicepunkten innerhalb der Verwaltung abholen zu können.

Auf Nachfrage von Kreistagsabgeordneten Carsten Thiel, ob die Verwaltung mittlerweile das Bonusprogramm Urban Sports Club anbiete und wie hoch die Zuzahlungen seien, berichtete Landrat Hans-Jürgen Petrauschke aus einer ausführlichen Beantwortung der zuständigen Mitarbeitenden, aus der sich ergebe, dass hier erst Vergleichsangebote eingeholt werden müssten bzw. eine Ausschreibung rechtzeitig erfolgen.

Weiter erkundigte sich Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel, warum das Jobticket von den Stadtverwaltungen Neuss und Köln angeboten wird und der Rhein-Kreis Neuss und der LVR die Umsetzung für rechtlich unzulässig halte. Aus seiner Sicht sei das Wettbewerbsverzerrung.

Das Angebot des Jobtickets für Bedienstete der Kommunen sei rechtlich unzulässig, so Landrat Hans-Jürgen Petrauschke. Im Personalausschuss des Landschaftsverbandes sei das Thema auch intensiv erörtert worden. Es sei bedauerlich, dass nicht alle die unzulässige Regelung abgeschafft haben. Aus Sicht der Kommunalaufsicht werde er sich für eine einheitliche Regelung im Kreisgebiet einsetzen. Es gebe zwar ein Gerichtsurteil, dass die Regelung für zulässig halte, jedoch stamme das aus Schleswig-Holstein. Dort sei die Regelung gesetzlich festgehalten, was in Nordrhein-Westfalen bislang nicht der Fall ist.

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel fragte darüber hinaus, wie der aktuelle Umsetzungsstand zu Weiterbildungsangeboten für Mitarbeitende aus der Braunkohlebranche sei. Das Projekt sei aufgrund mangelnder Personalressourcen bislang noch nicht gestartet worden.

Das Projekt sei in der Ressourcenerwägung weiter nach hinten gestellt worden, so Kreisdirektor Dirk Brügge. Die Verwaltung sei aber auf der Personalgewinnungsebene verstärkt aktiv.

Der Antrag zur Einrichtung eines Umweltpreises stamme eigentlich aus 2021 und sei immer noch nicht eingeführt, so Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel weiter und fragte wann mit einer Umsetzung gerechnet werden könne.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erklärte, dass der Klimaschutzplan bislang Vorrang gehabt und personelle Ressourcen gebunden habe. Im Dezember dieses Jahres könne jedoch mit einer Umsetzung gerechnet werden.

Zuletzt erkundigte sich Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel nach der Beteiligung am Projekt „Jeder Tropfen zählt“. Am 12.09.2023 habe eine Sitzung mit den Kommunen stattgefunden, zu der bislang das Ergebnis nicht bekannt sei.

Kreisdezernent Gregor Küpper antwortete, die Kommunen sollten sich bei Interesse an einem Pilotprojekt melden. Es habe sich keine Kommune zurückgemeldet. Es seien jedoch andere Vorschläge zu Projekten aus anderen Bundesländern gemacht und weitere Anbieter genannt worden. Die Verwaltung prüfe die alternativen Konzepte und werde eine nochmalige Interessensabfrage starten.

Auf erneute Nachfrage von Kreistagsabgeordneten Carsten Thiel, ob Supermärkte kontaktiert wurden, um das Angebot ohne Beteiligung der Kommunen auf dem Gelände des Supermarktes zu schaffen, erläuterte Kreisdezernent Gregor Küpper, dass eine Lösung über eine Pilotkommune favorisiert wird. Besonders in kleineren Kommunen würde man mit wenigen Automaten in den Nahversorgungszentren nahezu die gesamte Fläche abdecken. Das Projekt werde umgesetzt, jedoch werde noch die Art und Weise geprüft.

2.5. Ausschuss für Rettungswesen, Feuer- und Katastrophenschutz am 25.10.2023

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke teilte mit, dass dem Ausschuss ein Zwischenbericht eines Institutes vorgelegen habe und ein Beschluss über den Neubau einer Leitstelle gefasst wurde, den die Verwaltung als Prüfauftrag betrachte. Der Bericht müsse erst ausgewertet und geprüft werden, inwieweit vorhandene Strukturen genutzt werden können..

KA/20231108/Ö2.5

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Ausschusses für Rettungswesen, Feuer- und Katastrophenschutz vom 25.10.2023 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

3. Kenntnisnahme von Niederschriften

Protokoll:

Es lagen keine Niederschriften zur Kenntnisnahme vor.

4. Strukturwandel, Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft

Stand: September/Oktober 2023

Vorlage: 61/3305/XVII/2023

Protokoll:

Dem Protokoll werde eine Informationsbroschüre von RWE über die Seebefüllung des Tagebaus als **Anlage** beigelegt, so Landrat Hans-Jürgen Petrauschke.

KA/20231108/Ö4

Beschluss:

Der Kreisausschuss berät die Vorlage der Verwaltung und nimmt diese zur Kenntnis.

5. Regionalarbeit

Stand: September/Oktober 2023

Vorlage: 61/3307/XVII/2023

KA/20231108/Ö5

Beschluss:

Der Kreisausschuss berät die Vorlage der Verwaltung und nimmt diese zur Kenntnis.

6. Wirtschafts - und Beschäftigungsförderung (Stand November)

Vorlage: ZS5/3384/XVII/2023

6.1. Tischvorlage: Wirtschafts - und Beschäftigungsförderung (Stand November)

Vorlage: ZS5/3504/XVII/2023

Protokoll:

Die Ausbildungsstellen würden in der Vorlage nicht erfasst, so Kreistagsabgeordneter Wolfgang Wappenschmidt. Er bezog sich auf einen Artikel der NGZ, nach dem auf Grundlage der Zahlen der IHK, noch freie Lehrstellen verfügbar seien. Die Arbeitsagentur gehe jedoch davon aus, dass es für das Ausbildungsjahr 2022/2023 4.451 Bewerber gegenüber 3.086 Ausbildungsstellen gebe. Den Betroffenen, die keine Lehrstelle bekommen haben seien zwar Alternativen angeboten worden, die jedoch auch nicht auskömmlich waren. Er bat um Mitteilung, ob die Zahlen korrekt seien, sowie um Auskunft, wie viele Ausbildungsverträge unterschrieben und Alternativen in Anspruch genommen wurden.

Kreisdirektor Dirk Brügge antwortete, die unterschiedlichen Zahlen kämen durch unterschiedliche Datenquellen zustande. Bei der Bundesagentur für Arbeit würden die Bewerber und Ausbildungsstellen gemeldet. Die Bundesagentur suche erst nach Alternativen, wenn für den Bewerber keine Ausbildungsstellen mehr verfügbar sind. Bei der IHK hingegen würden die abgeschlossenen Ausbildungsverträge gemeldet. Daher die

Diskrepanz in den Zahlen. Die Arbeitsagentur könne sich, aufgrund der fehlenden Ausbildungsplätze, für das Bundesprogramm „100% Ausbildung“ melden, bei dem den Regionen Fördermittel zugewiesen werden, in denen zu wenig Ausbildungsstellen verfügbar sind. Der Kreis habe die Erwartung dadurch mehr überbetriebliche Weiterbildungen ermöglichen zu können.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke ergänzte, es gebe in Deutschland kein Vermittlungsmonopol der Arbeitsagentur. Daher müssten weder Bewerber, noch Ausbildungsplätze an die Arbeitsagentur gemeldet werden, sodass kein Gesamtüberblick erreicht werden könne. Aus der Arbeitslosenstatistik könne hingegen entnommen werden, dass der Kreis bei der Jugendarbeitslosigkeit positiv dar stehe.

KA/20231108/Ö6.1

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung (Stand November 2023) zur Kenntnis.

7. Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften

Vorlage: 50/3360/XVII/2023

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke teilte mit, dass die Verwaltung aktuell mit einem Nettomehrbedarf von 4,0 Mio. € rechne. Der Mehrbedarf werde hälftig vom Kreis und hälftig von den Kommunen getragen.

Kreistagsabgeordneter Dirk Kranefuss meinte, dass der Kreis weiterhin Millionen für illegale Zuwanderer ausbebe. Es handele sich dabei um Armutsflüchtlinge. Er halte es für richtig, wenn sich der Landrat gegen die Zuteilung der Flüchtlinge, gegen die illegale Zuwanderung und für geschlossene Grenzen einsetze.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erklärte, dass für die Zahlungen von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz die Städte und Gemeinden zuständig sind. Bei den Kosten der Unterkunft gehe es um alle Personen, die als arbeitsfähig gelten, aber keine Arbeit finden und deswegen bei der Miete und den Energiekosten unterstützt werden. Letztere seien in den letzten Monaten bekanntlich gestiegen.

KA/20231108/Ö7

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Entwicklung der Kosten der Unterkunft und Bedarfsgemeinschaften zur Kenntnis.

8. Tischvorlage: Umsetzung des Haushaltsbegleitbeschlusses zum Haushalt 2022

Verwendung des voraussichtlichen Jahresüberschusses 2022 zur Senkung der Kreisumlage 2023 - Rate 15.11.2023 Vorlage: 20/3432/XVII/2023

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke führte aus, dass der Kreistag am 29.03.2023 mit Beschluss des Haushaltes den voraussichtlichen Überschuss für das Jahr 2023 in Höhe von 4,2 Mio. € zum Haushaltsausgleich genutzt hat. Nach den aktuellen Berechnungen ergebe sich ein Haushaltüberschuss von rund 11,8 Mio. € von denen die vorgenannten 4,2 Mio. € abgezogen werden müssen. In der Summe würden sich rd. 7,6 Mio. € ergeben, die den Städten und der Gemeinde bei der letzten Rate der Kreisumlage nicht erhoben werden. Die 2,0 Mio. € Nettomehraufwand bei den Kosten der Unterkunft müssten von den Kommunen bei der Spitzabrechnung Anfang 2024 getragen werden. Der Kreis gehe, trotz einer niedrigeren Erhöhung der Landschaftsumlage als ursprünglich geplant, davon aus, aufgrund der zunehmenden Kosten bei den Sozialleistungen, Tarifsteigerungen der Beschäftigten, Sachkosten und Energiekosten, die Kreisumlage um etwa einen Prozentpunkt zu erhöhen. Zudem gehe der Kreis nicht von einem ausgeglichenen Jahresabschluss 2023 aus.

Es sei bedauerlich, dass die Kreisumlage nicht auf ihrem Niveau gehalten werden könne, so Kreistagsabgeordneter Sven Ladeck. Er würde sich dennoch freuen, wenn die Kreistagsabgeordneten im Hinblick auf die zu bewältigenden Herausforderungen die leichte Anhebung der Kreisumlage politisch positiv, besonders an die Hauptverwaltungsbeamten im Kreis, widerspiegeln.

Kreistagsabgeordneter Dirk Schimanki begrüßte zwar die aktuellen Zahlen, kritisierte jedoch die kurzfristige Zurverfügungstellung der Vorlage. Eine Beratung der Vorlage in der Fraktion sei nicht mehr möglich gewesen. Er gehe davon aus, dass es sich bei dem Datum der Vorlage vom 25.10.2023 um einen Tippfehler handelt.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke betonte, dass die Tischvorlage erst gestern Abend fertiggestellt wurde. Die Vorlage sollte verlässliche Zahlen beinhalten und sei letztlich zur Kenntnisnahme.

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel appellierte an die kommunalen Vertreter des Kreises in der Landschaftsversammlung, sich für eine Senkung der Landschaftsumlage einzusetzen. Er kritisierte die Personalplanung des Landschaftsverbandes, die letztlich von den Kommunen ausgedadelt werden müsse.

Der Kreis habe die Erwartung, dass die Landschaftsumlage um 0,5 Prozentpunkte gegenüber der ursprünglichen Planung sinke, so Landrat Hans-Jürgen Petrauschke. Die Ansicht zum Stellenplan des Landschaftsverbandes teile er, zumal nicht mit einer Besetzung der Stellen im öffentlichen Dienst gerechnet werden könne. Der Stellenplan beinhalte über zehn Prozent mehr Stellen. Davon sei nur die Hälfte gesetzlich mitbegründet.

Kreistagsabgeordneter Dirk Rosellen meinte, dass eine Erhöhung der Kreisumlage zu erwarten sei und plädierte dafür, in den Haushaltberatungen in finanzieller Hinsicht verantwortungsvoll mit neuen Ideen umzugehen.

KA/20231108/Ö8**Beschluss:**

Der Kreisausschuss nimmt die Ausführungen zustimmend zur Kenntnis.

9. Anträge**9.1. Errichtung einer Arbeitsgruppe zum Bürokratieabbau****Protokoll:**

Kreistagsabgeordneter Dirk Kranefuss erklärte, dass überall von Bürokratieabbau die Rede sei, aber niemand die Bürokratie abbaue. Er beantrage deswegen, für den Kreis eine Arbeitsgruppe zum Bürokratieabbau, bestehend aus Akteuren und Unternehmen des Kreises, einzurichten. Die Industrie und Wirtschaft hätte die Möglichkeit der Verwaltung vorzutragen, an welchen Stellen den Unternehmen geholfen werden könnte.

Er gehe davon aus, dass die Wirtschaftsvertreter bei den Anhörungen zu Gesetzen dabei sind und sich dort einbringen, so Landrat Hans-Jürgen Petrauschke. Aus der Kreisverwaltung seien für die Vorstandssitzung des Landkreistages am 07.11.2023 ebenfalls Vorschläge zum Bürokratieabbau eingebracht worden. In konkreten Fällen könnte dies gerne mit der Verwaltung besprochen werden, aber eine Arbeitsgruppe zum Abbau der Bürokratie auf Kreisebene halte er nicht für zielführend.

Kreistagsabgeordneter Sven Ladeck wies darauf hin, dass Anträge schriftlich zu formulieren sind, damit die Fraktionen darüber vorberaten können.

KA/20231108/Ö9.1**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag richtet eine Arbeitsgruppe bestehend aus Akteuren der Verwaltung und der hiesigen Unternehmen zum Bürokratieabbau ein.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

1 Ja –Stimme (AfD)

16 Nein-Stimmen (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, UWG/FW RKN/Zentrum, LR)

10. Mitteilungen**Protokoll:**

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke teilte mit, dass ihn ein Brief (s. **Anlage**) des Parlamentarischen Staatssekretärs des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) erreicht habe, der die Resolution des Kreistages zum Ausbau von zukunftsweisenden Fusionstechnologien vom 27.09.2023 sehr begrüße. Er zitierte aus dem Brief: „(...) Zur Erreichung dieser Ziele beabsichtigt das BMBF eine deutliche Ausweitung der

Förderung; angestrebt ist ein Volumen von über einer Milliarde Euro über fünf Jahre. Ich würde es sehr begrüßen, wenn Sie auf kommunaler Ebene die Entwicklung der Fusion als Energiequelle auch weiter unterstützend begleiten.“

11. Anfragen

11.1. Energetische Sanierung der Mosaikschule

Protokoll:

2.stellvertretende Landrätin Christina Borggräfe erläuterte, laut dem Sachstandsbericht aus dem Planungs-, Klimaschutz- und Umweltausschuss vom 26.10.2023 könne die energetische Sanierung an der Mosaikschule nicht stattfinden. Der Beschluss zur energetischen Sanierung sei im Juni 2022 gefasst worden. Sie fragte, warum die Verwaltung erst 1,5 Jahre nach der Beschlussfassung mitteile, dass eine Sanierung nicht erfolgen könne.

Kreisdezernent Harald Vieten erklärte, dass seit der Beschlussfassung die Fachplanungen erfolgt sind und mit der Sanierung begonnen werden könnte. Auf Wunsch der Schulleitung sei die Sanierung nicht erfolgt, da die räumliche Situation an der Mosaikschule angespannt ist. Eine Sanierung im laufenden Betrieb würde, nach Auskunft der Schulleitung, zu großen Stress für die Kinder verursachen. Mit der Maßnahme solle deswegen erst dann begonnen werden, wenn der Ersatzbau steht.

Kreisdezernent Tillmann Lonnes ergänzte, dass der Anbau im Jahr 2024 errichtet werden soll und die energetische Sanierung für 2025 vorgesehen sei.

12. Bericht der Verwaltung/ Beschlusskontrolle

Vorlage: 010/3464/XVII/2023

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke verwies auf die vorgelegte Übersicht und merkte an, dass zur Ladeinfrastruktur ein Schreiben an EnBW gesendet wurde.

Kreispressesprecher Benjamin Josephs führte aus, dass der Antrag zur Übersetzung der Kreishomepage in „Leichte Sprache“ fortlaufend in Bearbeitung sei, insbesondere bei stark frequentierten Seiten im Bereich Soziales, Jugend und Gesundheit an denen es wenig Änderungen gebe. Es könne jedoch nicht die gesamte Homepage des Kreises übersetzt werden, da sie zu umfangreich ist und sich zu viele Änderungen ergeben. In den letzten zwölf Monaten seien 20.000 Änderungen vorgenommen worden. Ohne die bislang noch nicht vorhandene technische Möglichkeit mittels einer Künstlichen Intelligenz fortlaufend zu übersetzen, könne nicht die gesamte Homepage in „Leichte Sprache“ übersetzt werden. Er bat daher darum, den Antrag in der Beschlusskontrolle als erledigt zu betrachten, verbunden mit der Aussage, dass an der fortlaufenden Übersetzung weitergearbeitet wird.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke merkte an, dass die Kreishomepage mittels Künstlicher Intelligenz in zehn verschiedene Sprachen fortlaufend übersetzt wird.

13. Einwohnerfragestunde

Protokoll:

Einwohnerfragen wurden nicht gestellt.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Landrat Hans-Jürgen Petrauschke um 15:45 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.



Hans-Jürgen Petrauschke
Landrat



Janine Schröder
Schriftführung